

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Zugpreis vierteljährlich 5 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Bummer
Schriftleitung und Versandstelle: Stuttgart, Rötestraße 18 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postcheckkonto Stuttgart 6808.

Anzeigengebühr
für die sechseckpaltene Kolonelle 5 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Dämmernde Vernunft

Nach ihren Taten zu urteilen, sind die regierenden Männer der Siegerstaaten mit nicht weniger Blindheit geschlagen als jene Mandarinen, die im Verein mit dem Herrn von Gottes Born das alte Deutschland als Regierung heimsuchten. Wie leicht wäre es diesen gewesen, die Klassen des so bescheidenen und so lenkfähigen Volkes bei der Mitarbeit am Staate zusammenzuführen, ein nach außen sich einheitlich zeigendes Deutschland zu schaffen und in der Welt moralische Eroberungen zu machen. Ihre Beschränktheit ließ das leicht Erreichbare nicht erreichen. Wie leicht wäre es den Staatsmännern der Entente gewesen, einen wirklichen Frieden zu schaffen und die Wunden der großen Bluttur zu heilen. Die gehegte Menschheit sehnte sich nach Ruhe, die Völker wünschten ungehindert ihrem Tagewerk nachzugehen und mit vereinten Kräften die entsetzlichen Folgen des Krieges zu mildern. Und unmöglich war und ist das letztere keineswegs. Der Born der menschlichen Arbeit ist noch lange nicht erschöpft. Die zerstörten Fluren, zerstörten Häuser und leeren Vorratskammern sind in kurzen Jahren wieder herzurichten oder aufzufüllen, sofern die Arbeit der europäischen Völker vom Gemeinschaftsgeist organisiert und vom Geiste der Verhältnismäßigkeit verbunden wird. Einer so gestalteten Arbeit verbürgt die heutige Technik einen Ertrag, mehr als groß genug, um in kurzen Jahren die frühere Wohlhabenheit wieder herzustellen und damit die Erinnerung an das furchtbarste aller Erlebnisse vergessen zu lassen.

Aber auch die weststaatlichen Staatsmänner wurden durch ihre Beschränktheit gehindert, das verhältnismäßig leicht Erreichbare zu erreichen. Zwar wird ihnen hohe Weisheit von dienstbefähigten Zungen und Federn zugeschrieben. Wessen Sinn jedoch nicht von Sippeneigennutz bewegt ist, wird gegen-teiliger Meinung sein. Denn die als hochweis gepriesenen Staatsmänner haben noch keine Schwierigkeit gelöst, wohl aber stetig neue erzeugt, noch keinen Frieden geschaffen, wohl aber die Unrast vermehrt, noch nicht den Wiederaufbau Europas eingeleitet, sondern sogar seine oberste Voraussetzung zerstört.

Nun könnte uns deutschen Gewerkschaftlern die geistige und moralische Beschaffenheit der weststaatlichen Regierungen gleichgültig sein, hinge nicht unser Dasein und das unserer Kinder in hohem Maße davon ab. Leider ist unser Schicksal ihnen aberantwortet. Sie haben zu bestimmen über das, was wir unserem kommenden Geschlechte erarbeiten, ersparen, erhungern. Von ihrer Weisheit hängt es ab, wie weit wir uns über oder unter der Hungergrenze bewegen. Und welche Summen wir zu beschaffen, zu erdachen haben, ist aus den jetzt in Berlin stattfindenden Verhandlungen mit dem Garantiekomitee zu erfahren, wo als Wiedergutmachungssumme für das laufende Jahr 65 bis 70 Milliarden Papiermark genannt ist. Und eine Verminderung dieser Summe läßt der Versailler Vertrag sobald nicht erhoffen.

Für den volkswirtschaftlich einigermaßen Vernünftigen bedarf es keines besonderen Hinweises, daß der Wirtschaftskörper eines Volkes einen solchen Wertaufschlag nicht lange zu ertragen vermag. Ob wir nächstes Jahr noch fähig sein werden, den Siegern in dem von ihnen vorgeschriebenen Umfang den Beutel zu füllen, wird von Leuten, die etwas davon verstehen, bestritten. Wenn der englische Professor Keynes recht hat, und es spricht so ziemlich alles dafür, wird Deutschland Mitte nächsten Jahres nicht mehr imstande sein, seinen Zahlungspflichten gegen die Sieger nachzukommen. Daß diese Stunde sich schnell nähert, lassen manche Zeichen — man denke nur an den stetig sinkenden Markkurs — deutlich genug erkennen. Was dann die Sieger gegen die von ihnen zusammengeschundene und ausgehungerte Milchkuh — Deutschland — unternehmen, um weiter die gewollte Menge Milch herauszupressen, steht noch nicht fest. Ein neues Ultimatum, schlimmere Sanktionen, ausgedehntere Besetzungen deutschen Gebietes? Nationalistische Verbohrtheit mag das wohl beabsichtigen, aber daneben dämmert nun endlich auch die Erkenntnis, daß mit Bajonetten, auch mit der größten Zahl, in zahlungsunfähiges Volk nicht zahlungsfähig gemacht werden kann. Diese Erkenntnis dürfte durch die Erfahrung mit den Sanktionen beträchtlich verbreitet werden.

In den ersten Märztagen zog die weststaatliche Soldateska mit Trompetenschall und Paukenknall über den Rhein, besetzte rechtsrheinische Städte, schwante den Säbel, belästigte die Bevölkerung, hemmte den Verkehr, schädigte die deutsche Wirtschaft. Sieben Monate hat die durch keinerlei Rechtsform erlaubte Bergewaltigung gedauert. Und das Ergebnis? Der weststaatliche Ruhmeskranz hat ein erklecklich Teil von seiner ohnehin mageren Blätterfülle verloren, die weststaatlichen Fabrikanten haben viele Aufträge eingebüßt. Das ist wenig genug. Der nationalisierte Matin ist verblüfft, daß die deutschen Fabrikanten ihre Bücher mit französischen und englischen Aufträgen haben, während in England wie in Frankreich Fabriken kurzarbeiten, ja in steigender Zahl stillgelegt werden müssen. Der New Statesman schreibt

am 1. Oktober: „Die Zahlen von der Einfuhr Deutschlands nach England sind lehrreich. Im August eine Zunahme der Einfuhr um 158000 Pfund. Wir werden überschwemmt mit deutschem Stahl und Eisen, deutschen Spielsachen, deutschen Farben, deutschem Papier, deutschen Messerwaren, deutschem Glas, deutschen Uhren. Aber wir erhalten ja nur, was wir als — Reparation verlangten.“ Was so das klug geschriebene Londoner Wochenblatt beklagt, sind Handel und Industrie schon vorher durch die Leere ihrer Bestellbücher inne geworden. So laut wie aus deren Kreisen einst nach den Sanktionen gerufen wurde, ist dann ihre Aufhebung verlangt worden. Eine teure Erfahrung hat einsehen heißen, daß die Aufhebung der Sanktionen im weitesten Interesse ihrer Veräter sei.

Wie die einstigen deutschen Regierungsmandarine eine an sich gute Maßnahme nur mit Zerrn und Fluchen, mit verschandenden Einschränkungen belastet trafen, so haben die weststaatlichen Regierungsmandarine die Sanktionen nicht glatt und völlig aufgehoben, wodurch die Freude darüber verdorben ist. Nicht nur bleibt die Besetzung einiger rechtsrheinischer Städte fortbestehen, sondern eine Anzahl Ersatzsanktionen ist in Geltung gekommen.

Daß der Rest der Sanktionen lange aufrechterhalten bleibt, dünkt uns nicht gerade wahrscheinlich, denn die Vernunft dämmert nun auch an Stellen, die in solchen Dingen ein ausschlaggebendes Wort zu sprechen haben. In seinen Verhandlungen in Gairloch — wovon an anderer Stelle dieser Nummer noch näheres gesagt ist — als auch in seiner Rede im Rathaus von Inverness hat sich Lloyd George verschiebensach für ein einträchtiges Zusammenwirken mit den Nachbarnationen ausgesprochen, als die einzige Möglichkeit, die schwere innerenglische Wirtschaftskrise zu lösen. Im weitern hat er durchgreifende Maßnahmen in der Außenpolitik und dem Währungsverhältnis angedeutet. Man mag die Ankündigungen des vielredenden „kleinen waliser Demagogen“ mit Thomascher Ungläubigkeit aufnehmen. Allein es läßt sich nicht bestreiten, daß in englischer Welt der Politik in viel schärferer und weitgehenderer Form zum Ausdruck kommt. Auch die „Daily Mail“, die es wohl wissen kann, versichert, daß Änderungen von großer Bedeutung in der internationalen Politik der Londoner Regierung bevorstünden und daß englische Industriekreise der Ansicht seien, wenn man Deutschland jetzt zum Zahlen zwingen würde, ein weiteres Fallen der Mark und eine noch schlimmere Störung des englischen Handels die Folge sein müsse.

Noch weiter geht Minister Churchill, eine der stärksten Stützen des gegenwärtigen Kabinetts. Er meint, daß es zum Vorteil Englands wäre, wenn es den größeren Teil der von Deutschland geschuldeten Zahlungen nicht eintreibe. Dem zustimmend fügt der Manchester Guardian bei, England würde durch eine Stabilisierung der deutschen Finanzen und durch Wiederaufbau Deutschlands mehr gewinnen, als es je aus den Reparationen herauszubekommen hoffen könne.

Diese Einsicht ist nun zwar in England schon vor etlicher Zeit gebämmert. Wenn ihr nicht so deutlich wie heute Ausdruck gegeben wurde, dann weil der treibende Sporn der Not noch fehlte und auch Rücksicht auf den von nationalistischer Kurzsichtigkeit bewegten Verbänden an der Seine genommen werden mußte. Der Sporn der Not ist jetzt scharf genug. Und in Frankreich fängt, in Regierungskreisen wenigstens, die Vernunft gleichfalls zu dämmern an, wie die Rede Robles-maires auf der Völkerbundsversammlung bezeugt. Der Vertreter Frankreichs nannte ein friedliches, freundschaftliches Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich möglich und wünschenswert und fügte dem Worte der Anerkennung und der Ermutung für Deutschland bei, wie sie seit Jahrzehnten aus französischem Munde nicht mehr vernommen worden sind.

Nur Worte, gewiß; aber doch bedeutungsvoll genug, um als Zeichen eines Gesinnungswandels vermerkt zu werden, zumal sie mit den Äußerungen und Bestrebungen amtlicher und nichtamtlicher Kreise Englands im Einklang sind. Solche Worte sind Beweise einer dämmernden Vernunft bei den Vätern des Versailler Vertrags. Was der Vernunft noch an Tatwillen zur Revision des Versailler Papiers, zur Erleichterung unserer Kriegskassen, zur Entfesselung unseres Wirtschafts- und Staatslebens fehlen sollte, das wird die Not der Siegerstaaten wohl bald noch beibringen. Trügen die Zeichen nicht vollständig, dann stehen wir tatsächlich vor einer namhaften Verbesserung des Verhältnisses zwischen den Weststaaten und Deutschland. Dadurch wird das Los der deutschen Arbeiterklasse erträglicher und sie kann ihre Zukunftsarbeit mit einem stärkeren Gefühl der Sicherheit verrichten. Nicht mehr von außen beunruhigt, können sich Köpfe und Hände ungehindert der Festigung der Republik und dem wirtschaftlichen Umbau widmen.

Nachflänge von Jena

In der Parteipresse
Unserer 15. Generalversammlung werden von der Presse eingehende Betrachtungen gewidmet. Daß sie je nach dem Parteistandpunkt verschieden sind, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden. Ihre Verhandlungen, besonders ihre geordnete Verlauf, findet allenthalben gezielte Anerkennung. Die Beweggründe der Fraktionen oder ihrer Führer werden unterschiedlich beurteilt, was bei Schreibern, die die internen Verhandlungen nur vom Hörensagen kennen können, nicht zu verwundern ist. Auf das Verlangen zur Einigung wird mit Begeisterung hingewiesen. So schreibt das Hauptblatt der U.S.P., die „Freiheit“, daß die Entscheidung für Amsterdam, nicht für Moskau gefallen sei. Sie fährt dann fort:

Das war zu erwarten, denn die Zeit für Moskau und seine Parolen ist in der Tat auch ohne diesen Ausgang der Jenaer Tagung zu Ende. Aber möglich war diese Entscheidung in Jena nur, weil sich alle Delegierten, die dem Verbande die Möglichkeit des Lebens und die Verbindung mit der unter Führung von Amsterdam marschierenden Arbeiterklasse der Welt erhalten wollten, die Fraktionen der U.S.P. und S.P.D., einmütig auf einen Voten stellten. Die größte Leistung des in Stuttgart gewählten Vorstandes war wohl nicht die Führung der Lohnbewegungen, sondern die Verteidigung der bedrohten Einheit des Verbandes. Das mußte in Jena anerkannt und zum Ausdruck gebracht werden, nicht um den Vorstand zu jäheln, sondern um die Geschlossenheit des Verbandes nach außen machtvoll zu bekunden.

Ähnlich wird in der „Leipziger Volkszeitung“ geurteilt. Sie widmet unserer Jenaer Hauptversammlung ein Nachwort, das sich über drei Nummern hinauszieht. Darin heißt es:

Vor allen Dingen hat der Verbandstag eine bedeutsame Annäherung der beiden Hauptfraktionen innerhalb des Verbandes, der U.S.P. und S.P.D. mit sich gebracht. Wenngleich diese Annäherung auch noch nicht so weitgehend ist, daß man von einer völligen Uebereinstimmung sprechen kann, so eröffnet sie doch die besten Aussichten für die Zukunft. Der Anfang ist gemacht, und es steht zu hoffen, daß, nachdem einmal die äußeren Hüllen gefallen sind, auch in solchen Fragen, in denen noch Meinungsverschiedenheiten obwalten, eine völlige Uebereinstimmung sich erzielen läßt.

Dieser trefflichen Würdigung des Jenaer Hauptergebnisses läßt das Leipziger unabhängige Blatt einen Tadel der mehrheitssozialistischen Fraktion, besser: einiger ihrer Mitglieder folgen. Man vernehme:

Schon in den ersten Tagen hat sich gezeigt, daß die Führer der S.P.D. mit Haas, Köhn und Nummer-Offenbach an der Spitze weit von jener staatsmännlichen Klugheit entfernt sind, die gebietet, keine Revanchepolitik zu treiben. Sie pöchten auf ihre „kompakte Majorität“ und verlangten die Herrschaft in der Führung des Verbandes. Da von keiner Seite kritisiert worden war und die S.P.D.-Führer immer wieder versicherten, nur gewerkschaftliche Eignung, nicht aber die Zugehörigkeit zu einer bestimmten politischen Partei, dürfe ausschlaggebend bei der Befehung der Verbandsämter sein, konnte dies Verhalten nur erogen, parteiegoistischem Streben entsprungen sein.

Unsere Intimität mit dem beiden mehrheitssozialistischen Kollegen Haas und Nummer läßt uns erwidern, daß es völlig abwegig ist, zu behaupten, ihr Verhalten sei parteiegoistischem Streben entsprungen und daß sie Revanchepolitik hätten treiben wollen. Wenn sie daran gedacht hätten, ihr Verhalten von solchen Beweggründen bestimmen zu lassen, sie wären durch Spuren in der Verbandsgeschichte abgedeckt worden.

Dem Massenbewußtsein des Verbandstages glaubt „Die rote Fahne“ (Nr. 445) noch ausdrücklich Anerkennung zollen zu müssen. Am Anfang eines mit Jena und Götting überlebenden Aufjages steht zu lesen:

Die politischen Gegensätze innerhalb des deutschen Proletariats sind, wie nicht anders zu erwarten war, auf der Jenaer Generalversammlung scharf in Erscheinung getreten. Aber trotz der abgegrenzten drei Fraktionen, trotz aller Meinungsverschiedenheiten fehlte nur selten das Bewußtsein, daß hier ein proletarisches Klassenparlament versammelt war. Aus dem Protokoll wird jeder mit Wichtigkeit feststellen können, daß nicht nur die Kommunisten, sondern auch Unabhängige und eine ganze Anzahl Mehrheitssozialisten den Klassencharakter der Tagung ausdrücklich unterstrichen. Fast jeder Redner betonte die Notwendigkeit des proletarischen Einheitsfronts.

In der Gewerkschaftspresse.
Von den Betrachtungen der freigewerkschaftlichen Blätter verdient die der „Holzarbeiter-Zeitung“ genannt zu werden, wegen ihrer Darstellung der Schwierigkeiten des zu Stuttgart gewählten Verbandsvorstandes. Sie schreibt:

Auf der Generalversammlung in Jena hätte Rechenhaft abgelegt werden sollen von den Erfolgen, die auf den (1919 zu Stuttgart beschlossenen) neuen Weg erzielt wurden. Es zeigte sich aber, daß die neue Leitung des Metallarbeiter-Verbandes keineswegs neue Wege eingeschlagen, sondern daß sie ihre Tätigkeit durchaus im Rahmen der bisherigen Gewerkschaftspolitik ausgeübt hat. Das ist kein Vorwurf gegen die Verbandsleitung. Man wird ihr zugestehen dürfen, daß es ihr mit den Klagen und Forderungen, die sie in ihrer früheren Stellung als Opposition erhoben hat, durchaus ernst war, und daß sie den guten Willen hatte, der Gewerkschaftspolitik neue Bahnen zu weisen. Sie hat aber die gleichen Erfahrungen gemacht, die andere früher gemacht haben und die auch in Zukunft noch öfters gemacht werden wird, nämlich, daß die Dinge ein ganz anderes Aussehen haben, je nachdem, ob man sie als verantwortlicher Leiter einer großen Organisation oder als nicht mit Verantwortung belastete Opposition betrachtet. Der Oppositionsmann kann sich darauf beschränken, nur das Ziel ins Auge zu fassen; er kann, je nach Anlage und Neigung, mit mehr oder weniger Temperament auf die Leitung schelten, weil ihm die Erreichung dieses Zieles zu lange dauert. Die Leitung sieht die Hindernisse, die auf dem Wege zum Ziele zu überwinden sind; sie muß die gegenwärtigen Kräfte abwägen und wird, je nachdem, in dem einen Fall einen Sturmangriff wagen, in dem anderen Fall durch vorsichtiges Rastieren die Klippen zu umschiffen trachten. Das ist die herkömmliche Gewerkschaftspolitik, und ihr hat sich die Leitung des Metallarbeiter-Verbandes durchaus angepaßt.

„Der Kupferschmelzer“ beabsichtigt, unserer Hauptversammlung mehrere Artikel zu widmen. In dem uns jetzt vorliegenden ersten, mit: Luzern und Vena benannten, sagt er, daß man über Vieles leichter hinwegkommen, wenn die Fraktionsbildung nicht vorhanden gewesen wäre. In des:

Wenn trotzdem schließlich alles zu einem geordneten Ende geführt wurde, so trug dazu nicht wenig die auf allen Seiten vorhandene Einsicht bei, daß alle Augen auf diesen Verbandstag der größten deutschen Gewerkschaft gerichtet sind und daß es darauf ankomme, die Verhandlungen auf einer Höhe zu halten, in der die Macht und Größe der Organisation voll zum Ausdruck kommt und durch die auch den Gegnern, vor allem dem Unternehmertum in der Eisen- und Metallindustrie, gezeigt werde, daß die Organisation trotz innerer Gegensätze nach außen hin einig und geschlossen dasteht.

Was Luzern für den internationalen Zusammenschluß bedeutet, das bedeutet noch verstärkt Vena für die Verständigung innerhalb der deutschen Metallarbeiterbewegung. Es steht zu hoffen, daß die Zeit vielleicht nicht mehr fern ist, wo Fraktionsbildungen in der Gewerkschaftsbewegung der Geschichte angehören werden.

Daß die Fraktionsbildung neben ihren Nachteilen auch Vorzüge hat, deutet der „Kommunistische Gewerkschafter“ (Nr. 37) an, indem er schreibt:

Die Wirkung der fraktionsweisen Gliederung (des Verbandstages) war durchaus günstig. Nicht nur, daß das Interesse an den Beratungen durch das abwechselnde Auftreten der Fraktionsredner ständig wachgehalten wurde, auch in den vielen Fraktionsführungen wurde dem Kongress eine Menge Arbeit abgenommen. Ueberdies sorgten die Fraktionen dafür, daß nicht Ginz und Fung, sondern jeweils die besten Redner vorgeschickt wurden. Dadurch hat das Niveau der Beratungen eine früher nie gekannte Höhe erreicht.

So richtig dies ist, so irrig ist die Ansicht des kommunistischen Mathe: ... der Ausschluß der Kommunisten wurde je länger je mehr zu einem Schacherobjekt zwischen Unabhängigen und Mehrheitssozialisten, denn der Ausschluß der kommunistischen Kollegen in Vena niemals Gegenstand der Verhandlung zwischen den beiden Fraktionen gewesen. Zum Schluß meint der kommunistische Gewerkschafter, der Verbandstag wird dazu beitragen, daß bald mehr als die Hälfte der Metallarbeiter unserer (kommunistischen) Partei folgt, womit eine Glaubensstärke offenbart wird, die schon wegen ihrer Erstigkeit höchsten Respekt gebietet.

Die Lohnbewegung auf den Seeschiffswerften

R. D. Die Klänge der Werftarbeiter bilden in der Geschichte der deutschen Metallarbeiter ein besonderes Kapitel. Unter den deutschen Unternehmern, die seit jeher gewohnt waren, den „Herrn-im-Saule“ zu befehlen, schenken sich die Werftarbeiter im besonderen Maße aus. Immer wieder hat der letzte Jahrgang ein Zeugnis davon ab, wie in jedem Jahre die Werftarbeiter Schritt für Schritt ihren eigenen Lohn nach oben zu heben.

Die dem Weltkrieg folgenden Jahre brachten auch den Werften ein verändertes Lage. Die vor dem Krieg etwa 7,5 Millionen Tonnage aus dem Ausland beschaffte Handelsflotte mußte zum allergrößten Teil an die Heimat abgeliefert werden. Der Neubau von Schiffen wurde gänzlich eingestellt und auf Kosten des Reiches betrieben. Bis das Reich sich abgabenberechtigter Schiffe bewilligen Gelder auf 12 Milliarden beschaffen konnte, mußten die Werften die Verpflichtung übernehmen, mindestens ein Drittel der verlorenen Schiffstonnage innerhalb 10 Jahren zu ersetzen resp. wieder zu bauen. Im Mai und Juni d. J. setzte auf den Werften eine erste Krise ein. Die von der Reichsregierung für das Jahr 1921 aus dem 12-Milliarden-Fonds zur Verfügung gestellte Summe reichte bei weitem nicht aus, um die von den Werften auf Grund der auf Stapel gelegten Neubauten erforderlichen Baukosten zu decken. Es drohte die Entlassung von tausenden Werftarbeitern. Der Vorstand unserer Verbände, die Reichsleitung, Ortsverwaltungen usw. haben bis zur Stunde die äußerste Mühe aufgewandt, um die drohende Katastrophe von den Seeschiffswerften abzuwenden. In ihnen das nicht ganz geklungen, so doch zu einem wesentlichen Teil. Soweit trotz eingetretener Kürzungen Entlassungen unvermeidlich waren, gelang es durchweg, die davon Betroffenen in andere Arbeit zu bringen. Diese hier kurz skizzierte erste Wirtschaftskrise auf den Werften (siehe auch unsere Artikel in Nr. 29 und 31 der M.-Z.) konnte bisher keine wesentliche Besserung erfahren und wir müssen — so hart es klingt — auch für die nächste Zeit damit rechnen.

Spannten dieser schwierigen Verhältnisse heute die unsere Lohnbewegung ein. Eine in der zweiten Jahreshälfte d. J. stattgefundene Werftarbeiterkonferenz beschloß, das mit den Werftarbeitern getroffene Lohnabkommen zu kündigen, um eine der Leistung entsprechenden Erhöhung der Löhne zu erwirken. Zum gleichen Zeitpunkte lag auch die Werftarbeiterkonferenz. Ihr Beschluß ging dahin, nicht nur das Lohnabkommen, sondern den am 5. Oktober 1920 abgeschlossenen gesamten Tarif zu kündigen. Das geschah. Und nicht nur das. Die Werften warnten auch sehr bald mit einem bis ins Kleinste ausgearbeiteten Voranschlag auf, um zu bestimmen, wie sie sich eine „Revision“ des bis dahin bestehenden Tarifvertrages vorstellen. Das

Die Entwicklung des Automobilbaues

Von E. H. Hoff (Griedenberg) (Nachdruck verb.)

In der Entwicklung des Automobilbaues befindet sich eines der wichtigsten und zugleich reißendsten Kapitel der heutigen Technik; eines der wichtigsten deswegen, weil das Automobil zweifellos einen der größten und folgenschwersten Fortschritte der Menschheit darstellt und zugleich auch von höchster Wichtigkeit auf unser gesamtes ökonomisches, technisches und industrielles Leben ist, eines der reißendsten aber deshalb, weil der Fortschritt des Automobilbaues eine große Rolle der eigenartigsten Entwicklungsformen aufweist, die zu verfolgen gerade auch für den Techniker von hohem Interesse ist, entsprechend der heute so oft von unseren Technikern und Wissenschaftlern betonte Tatsache, daß die Geschichte der Technik zugleich die Geschichte der Technik und des Lebens ist.

Wie bei vielen Erfindungen der heutigen Technik, so können wir auch beim Automobil die Anfänge feststellen, das seine Anfänge bis in sehr fernliegende Entwicklungsstadien der Technik reichen. Das heißt, d. h. das geschichtliche Automobil existiert zwar erst seit etwa zwei Jahrhunderten, aber die Entwürfe der Ideen, Entwürfe und Konstruktionspläne, auf der es seine heutige Entwicklungsgeschichte zurückzuführen, reicht nicht nur um viele Jahrhunderte, sondern um Jahrtausende, ja sogar um einige Jahrtausende zurück. Schon vor etwa dreitausend Jahren beschäftigte die Technik des Problems der Befestigung von Wagen, die nicht durch die Handkraft des Menschen angetrieben wurden. Es hatten auch eine Mittelstufe des geschichtlichen Entwicklungsstadiums die alten Ägypter etwa um das Jahr 1000 v. Chr. für Kampfwagen eine Art Wagen gebaut, die nicht von Pferden oder sonstigen Tieren gezogen wurden, sondern auf Rollen auf dem Boden in Bewegung gesetzt wurde und auf die Rollen des Fahrzeuges wirkte, diese dadurch in Umkehrung und so das ganze Fahrzeug in Fortbewegung setzte. Unzweifelhaft läßt diese Bewegungsart, eine mechanische Bewegung, bereits eine Ähnlichkeit mit der Art der Bewegung des heutigen Kraftwagens erkennen; sie wird nicht gezogen von dem Wagen, sondern, wie heute, vom Fahrer heraus durch Hebelwirkung auf die Rollen des Fahrzeuges und stellt damit gleichzeitig die erste Bewegung des selbstfahrenden Wagens dar, wenn man unter „selbstfahrend“ das Fahrzeug ohne Vorspannen versteht. Eine gewisse Be-

freundliche Angebot der Werftarbeiter wies im besonderen folgende Punkte auf:

1. Herabsetzung der bisherigen Lohnsätze und Abfordbasse.
2. An Stelle der bisherigen festen Tariflohnsätze in Zukunft bewegliche Lohnsätze (Spielraum 50 % pro Stunde für die einzelnen Klassen) niedrigerlegen, da die Herren zukünftig im Rahmen der 50 % Spielraum den einzelnen Arbeiter „nach Leistung“ zu zahlen wünschten.
3. An Stelle der bisherigen zwei Ortsklassen im Werftarbeiter-Tarif nunmehr drei zu schaffen. Das bedeutete für die Werftarbeiter der meisten Orte eine weitere Lohnverschlechterung.
4. Damit jedoch über die „soziale Bestimmung“ der Werftarbeiter kein Zweifel aufkomme, verlangten die Unternehmer mit aller Entschiedenheit die Einführung sogenannter „sozialer Zulage“, d. h. eine besondere Zulage für Betriebsrat und Kinder.
5. Eine möglichst weitgehende Einschränkung des bisherigen Mißbestimmungsrechtes der Arbeitgeber bei der Regelung der einzelnen Fragen im Arbeits-, Lohn- und Abfordverhältnis, entsprechend der Devise: Wir Unternehmer haben zu bestimmen.

Die nunmehr eingeleiteten Verhandlungen zwischen den Organisationsvertretern der Arbeiter- und Unternehmerorganisation führten zu keinem Ergebnis. Dann erfolgte vom Reichsarbeitsministerium unter dem Vorbehalt dreier Unpartheilichen die Einsetzung eines Schiedsgerichts. Nach dreitägigen Verhandlungen kam in späterer Nachtstunde ein Schiedsspruch zustande, der alle streitigen Punkte des am 1. Oktober abgelaufenen und wieder neu zu schließenden Tarifabkommens betrafte. Der Schiedsspruch bringt Verbesserungen und Verschlechterungen zugleich. Die Einführung einer dritten Ortsklasse wurde abgelehnt. Damit bleiben Kiel, Lübeck, Bremerhaven und Stein, die man in die 2. Ortsklasse abgeben wollte, in Klasse I. Die „soziale Zulage“ hat das Schiedsgericht, obwohl sich die Arbeitgebervertreter mit äußerster Energie und bis zur letzten Stunde dagegen wehrten, nicht ganz fallen lassen. Es wurde pro Kind eine Zulage von 10 % festgelegt. Weitere 50 % Zulage pro Stunde gelten für alle über 25 Jahre alten Arbeiter (also auch Lehrlinge), dagegen bei den unter 25 Jahre alten Arbeitern nur für Betriebsräte.

Die Lohnsätze wurden wie folgt geregelt:

| Klasse | Unternehmer-Lohn | Schieds-spruch | Abford-Grundlohn |
|----------------------------------|------------------|----------------|------------------|
| Klasse I. Gelehrte Arbeiter: | | | |
| über 20 Jahre 6,— | 4,60—5,10 | 5,60—5,80 | 5,80 A |
| Klasse II. Angelernte Arbeiter: | | | |
| über 20 Jahre 4,80 | 4,80—4,80 | 5,30—5,50 | 5,50 |
| Klasse III. Ungelehrte Arbeiter: | | | |
| über 20 Jahre 4,70 | 4,00—4,50 | 4,80—5,— | 5,— |

In Ortsklasse 2 sind die Stundenlöhne um 25 % niedriger. Den von Unternehmenseite geforderten Spielraum von 50 % pro Stunde zusammengebrängt.

8. Die Stundenlöhne für jugendliche Arbeiter unter 20 Jahren betragen:

| Alter | Orts-klasse I | jetztiger Lohn |
|---------------------------------|---------------|----------------|
| für Jugendliche unter 15 Jahren | 1,20 | 1,— |
| zwischen 15 und 16 Jahren | 2,— | 1,80 |
| 16 „ 17 „ | 2,75 | 2,50 |
| 17 „ 18 „ | 3,50 | 3,— |
| 18 „ 19 „ | 3,75 | 3,40 |
| 19 „ 20 „ | 4,10 | 3,70 |
| für ausgelehrte Jugendliche | 4,70 | 4,20 |

(In Ortsklasse II sind die Lohnsätze um 5 bis 25 Pf. niedriger.)

4. Für Arbeit im Zeitlohn wird zum Stundenlohn ein prozentualer Ausgleichzuschlag gewährt, der sich nach der Höhe des im letzten Monat erzielten durchschnittlichen prozentualen Stücklohnüberdienstes der Stücklohnarbeiter des Gesamtwerkes richtet und betragen soll: für gelehrte und angelernte Facharbeiter neun Zehntel, für ungelehrte Arbeiter drei Viertel des durchschnittlichen Überdienstes.

Der Ausgleichzuschlag wird monatlich ermittelt und für jeden Stundenlohntrag differenziell festgelegt, wobei die errechneten Beträge auf 5 Pf. aufgerundet werden.

Für den ersten Monat werden wegen der notwendig werdenden Umrechnungen Übergangsbestimmungen mit den Betriebsräten vereinbart.

Der prozentuale Überdienst ergibt sich aus dem Vergleich der Verdienste der Stücklohnarbeiter mit den Abfordgrundlöhnen.

Hochwertige Spezialfacharbeiter, die dauernd mit Arbeiten beschäftigt werden, die sich ihrer Tätigkeit wegen zur Herstellung im Stücklohn nicht eignen, können zum Ausgleich der ihnen dadurch entgehenden Möglichkeit, ihren Verdienst durch Stücklohnarbeit zu steigern, eine besondere Ausgleichszulage in angemessener Höhe nach dem Ermessen der Betriebsleitung, jedoch nicht unter dem Durchschnittsüberdienst ihrer Kategorie erhalten.

Die zwischen den Lohnsätzen der Gelehrten und Ungelehrten liegende Spanne hat der Schiedsspruch vergrößert. Einen gewissen Ausgleich schafft § 4 Abs. 1 des Tarifs, worin den Ungelehrten bei Arbeit im Zeitlohn drei Viertel (bisher die Hälfte) des durchschnittlichen Überdienstes der Abfordarbeiter zuerkannt wird.

Die Abfordbasse betrug bisher Stundenlohn plus 10 Prozent. Diese 10 Prozent sind durch den Schiedsspruch weggefallen. Es bleibt der Höchstmehrwert. Die Abfordbasse (anders ist es nicht zu bezeichnen) auf den Werften ist ein trübes Kapitel. Wer die Verhältnisse kennt, weiß, wie versucht wird, aus dem Arbeiter das Letzte herauszuholen. Jeder Arbeiter hat natürlich in puncto Arbeitsleistung seine Pflicht zu erfüllen. Doch wenn ein Treiben einsetzt, das

schreibung solcher antiker selbstfahrender Wagen finden wir dann bei dem römischen Historiker Capitolinus. Dieser berichtet, daß, als im Jahre 193 v. Chr. der römische Kaiser Commodus ermordet worden war und sein Nachfolger, Kaiser Pertinax, den Nachlaß des Ermordeten ebenfalls veräußert ließ, sich unter den Nachschobjekten auch mehrere Wagen ganz eigenartiger Konstruktion befanden hätten. Diese Wagen saßen ohne Vorspann, wurden vielmehr durch einen sinnreichen Mechanismus fortbewegt, und zwar derart, daß Rollen im Innern des Wagens durch Drehen oder Treiben eines Fahrradgetriebes die mit diesem in Verbindung gestellten Wagenräder in Bewegung brachten. Außerdem aber waren die Wagen mit einer ganz merkwürdigen Einrichtung versehen, die Capitolinus als „hermaphrodita horrasque monstrantia“ bezeichnet, auf gut Deutsch: Weg- und Weisener. Diese Weisenerichtung war allerdings nur sehr einfacher Natur und bestand im wesentlichen darin, daß nach jeder zurückgelegten Meile ein Steinchen in ein im Innern des Wagens befindliches Metallgefäß fiel; nichtsdestoweniger mag sie ganz leiblich konstruiert und ihren Zweck bis zu einem gewissen Grade durchzuführen vermocht haben. Nach der Beschreibung stellt dieser vierdecker und mit Weisenerichtung versehenen Wagen nicht mehr und nicht weniger als ein Art antiker automobiler Fahrzeug dar. Groß kann jedoch die Leistungsfähigkeit und Geschwindigkeit dieser Wagen kaum gewesen sein, auch mögen sie wohl mehr als kaiserliche Kuriositäten denn als praktische Fahrzeuge gedient haben; dennoch sind sie nicht nur als Beweis der bereits hochentwickelten Wagenbaukunst der Römer, sondern auch dafür von Interesse, in welcher Weise bereits damals der Gedanke des selbstfahrenden Wagens verwirklicht wurde.

Auch im späteren Mittelalter tritt der Gedanke selbstfahrender Wagen wieder auf. Zunächst als Problem in den Köpfen der Gelehrten und Philosophen. So schreibt Roger Bacon, der berühmte Physiker und Entdeckungsreisende, in seinem Werke „de nullitate magiae“: „Es ist möglich, einen Wagen zu bauen, die sich ohne Pferde oder sonstige Getriebe durch innere Kraft und mit einer viel größeren Geschwindigkeit als die gewöhnlicher Wagen fortbewegen.“ Ein Ausfluß, in welchem der Gedanke selbstfahrender Wagen bereits klar angedeutet, ja mehr, die Idee des selbstfahrenden Kraftwagens im heutigen Sinne bereits voranschaut ist. In den Werken fast aller anderen Meister jener Zeit, so Leonardo da Vinci, Leibniz, Newton usw., kehrt derselbe Gedanke wieder und im Jahre 1515 erschien

auf Kosten der Gesundheit lediglich davon ausgeht, von Monat zu Monat einen höheren Nachbesserungs herauszubringen, so hat die mit dieser Pflanzung nichts gemein. Der physische Stärkte hat diesen Aufbau an Gesundheit und Arbeitskraft etwas länger an der Schwächere muß bald unterliegen. Der laufende Wille ist — b. Unternehmern, der auf Grund solcher Abfordbasse den Auftrag teilt, die Abford einer „Revision“ zu unterziehen. Man braucht nicht einmal in plumpster Form zu verlangen, die Abford es genügt, sein Augenmerk auf neue oder veränderte Abford zu lenken, um auszuwerten, was Arbeiter durch plantlose Willkürarbeit verursachen.

Am 28. September nahm eine Werftarbeiterkonferenz Stellung zum Schiedsspruch. Mit 54 gegen 10 Stimmen stimmten die Delegierten für folgende

Entscheidung

Der vorliegende Schiedsspruch befriedigt die berechtigten Ansprüche der Werftarbeiter keineswegs. Die gewährten Lohnverbesserungen sind gegenüber der vorhandenen Leistung völlig unzureichend. Die in den einzelnen Lohnklassen um 20 Pf. differierende Lohnsätze kann die Werftarbeiterkonferenz nicht billigen. Die Einführung einer sogenannten „sozialen“ Zulage muß die schärfste Verteilung aller Werftarbeiter finden, ist das Wort „sozial“ in diesen Zulagen doch nur ein deutlich erkennbares Ausmaßgeschill hinter dem sich die reaktionären Tendenzen der Unternehmer verborgen sollen. Ein Vergleich der alten Tarife mit den im vorliegenden Schiedsspruch enthaltenen neuen Tarifbestimmungen zeigt, daß diversen Verbesserungen eine Anzahl Verschlechterungen gegenüber stehen.

Die Gesamtverhandlungen vor dem Schiedsgericht, wie das materielle Ergebnis des gefällten Schiedsspruches, zeigen nur zu deutlich, daß die Mehrheit des Schiedsgerichtes weit mehr Rücksicht genommen hat auf die rückwärts und auch gegenüber dem Schiedsgericht als Diskretoren auftretenden Unternehmervertretern wie auf die sachlich begründeten Forderungen und berechtigten Ansprüche der Werftarbeiter.

Das ist die grundsätzliche Stellung, die gegenüber dem vorliegenden Schiedsspruch eingenommen werden muß. Eine Ablehnung des Schiedsspruches bedeutet gleichzeitig den Streik. Die Werftarbeiterkonferenz ist nach reiflicher Prüfung aller in Frage kommenden Faktoren und nach sorgfältiger Abwägung der im Schiedsspruch enthaltenen Verbesserungen wie Verschlechterungen zu dem Schlußfolgerung gelangt, daß sie einen Eintritt in den Streik gegenwärtig nicht empfehlen kann. Die Konferenz empfiehlt daher den Werftarbeitern, den Schiedsspruch anzunehmen.

Das Ergebnis der inangestrichenen Abstimmung der Werftarbeiter ist folgendes. Es stimmten:

| Ort | gegen | unzutun | Ort | gegen | unzutun | |
|-------------|-------|---------|-----|--------------------------|---------|----|
| Bremen | 2190 | 1578 | 46 | Osterrath | 122 | 20 |
| Bremerhaven | 3794 | 1744 | 84 | Hendenburg | 110 | 20 |
| Cuxhaven | 436 | 270 | 26 | Kroth | 370 | 20 |
| Emden | 89 | 480 | 9 | Stettin | 450 | 20 |
| Flensburg | 810 | 68 | — | Tönning | 378 | 20 |
| Hamburg | 4562 | 4432 | 63 | Wegesand | 1000 | 20 |
| Kiel | 7145 | 6688 | 4 | Wismarsleben | — | — |
| Lübeck | 689 | 1871 | 14 | | | |
| | | | | zusammen 27021 21630 207 | | |

Die Entscheidung der Werftarbeiterkonferenz ist die Entscheidung der Werftarbeiter. Jeder Arbeiter hat die Pflicht, sich an die Entscheidung der Werftarbeiterkonferenz zu halten. Die Werftarbeiterkonferenz hat die Pflicht, die Interessen der Werftarbeiter zu vertreten. Die Werftarbeiterkonferenz hat die Pflicht, die Interessen der Werftarbeiter zu vertreten. Die Werftarbeiterkonferenz hat die Pflicht, die Interessen der Werftarbeiter zu vertreten.

Schlupfe nicht hinter dem Ofen über die kleinen Beschäftigten, sondern hilf sie besser.

Beiträge zahlen allein tut es nicht. Du mußt deine ganze Person in den Dienst deiner Gewerkschaft stellen.

Betrachte und vermeide jeden Zwang. Durch Bewegung wirst du wirken.

Versteh nicht mehr, als deine Gewerkschaft leisten kann. Enttäuschung stößt ab. Erfüllung festigt.

Ob, Leser, nicht so hart auf alle Fehler acht. Denn niemals ist ein Blatt und der, der es gemacht. Und der, der es gelesen. Von allen Fehlern frei gewesen.

in Deutschland ein großartiges Bildwerk, genannt der „Triumphzug Kaiser Maximilians“, in dem sich bereits die bildliche Darstellung solcher Wagen befindet, die, wie aus der noch erhaltenen Darstellung deutlich ersichtlich ist, von den fahrenden Personen selbst vermittelt einen komplizierten, in die Wagenkörper eingehenden Räder- und Kurbelmechanismus fortbewegt wurden, eine Darstellung, die allerdings lediglich ein Phantasieprodukt des betreffenden Zeitalters war, ohne damals Verwirklichung gefunden zu haben. Wohl aber wurden etwa ein Jahrhundert später solche Wagen zum ersten Male auch wirklich ausgeführt, und zwar von dem Nürnberger Uhrmacher und Wagenbauer Johann Gauß, der in der Mitte des 17. Jahrhunderts mehrere viel bewunderte Wagen baute und in Betrieb setzte, deren Fortbewegung dadurch erfolgte, daß zwei in dem Hinterteil des Wagens untergebrachte und für die Fußstehenden unsichtbare Diener vermittelt Kurbeln ein Fahrrad in Bewegung setzten, die durch Hebel auf die hinteren Räder übertragen wurden. Nach der erhaltenen eingezeichneten Abbildung eines solchen Wagens, der aufs herrlichste beziert war, hatte dieser ganz das Aussehen eines wirklichen selbstfahrenden Wagens, wurde doch sogar die Steuerung durch eine von der vorderen Wagenachse senkrecht nach oben führende Lenkstange ganz nach der Art des modernen Automobils bemerkt. Im Jahre 1649 legte Gauß auf einem dieser Wagen im Angesicht einer ungeheuren Menschenmenge und zahlreicher hoher und vornehmer Persönlichkeiten eine Probefahrt in der Straßen seiner Vaterstadt zurück. Auch ein Landsmann Gaußs, der gelähmte Uhrmacher Stephan Parsler aus Altdorf bei Nürnberg, baute sich ein ähnliches selbstbewegendes Fahrzeug, das ihm als Krankenwagen diente und ebenfalls viel Anerkennung fand, so daß die gute Stadt Nürnberg den Ruhm für sich in Anspruch nehmen kann, als erste Automobilstadt auf deutschem Boden zu gelten. Selbst von einer Art Kriegsautomobil wird aus jenen Tagen berichtet. Auch hierbei handelte es sich um einen selbstfahrenden Wagen nach der Konstruktion der beschriebenen Fahrzeuge. Der Erbauer war ein belgischer Waler; der Antrieb seines Fahrzeuges sollte von einem auf einem Wagen sitzenden Mann durch ein Kurbelwerk erfolgen, das in derselben Art, wie man eines Schiffes, nach einer erhaltenen gebliebenen Abbildung des Vehikels zu schließen, auch Dampfkraft in irgend einer Art zum Betriebe seines Wagens verwandt oder wenigstens angewendet versucht zu haben.

WELTSCHAU

Arbeitslosigkeit in England

Straßenkämpfe — Vorschläge der Arbeiterpartei

Als vor etwa zehn Jahren Norman Angell in seinem nun weltberühmten Buche: Die falsche Rechnung, behauptete, daß selbst ein glücklicher Krieg ein großes Unglück sei, dem Sieger eher noch mehr schade als dem Besiegten, hat es an Ungläubigen und Zweiflern nicht gefehlt. Fehlt es sogar heute noch nicht! Um Angell zu widerlegen, weisen sie auf die Kriegsbeute der Sieger des Weltkrieges hin. Gewiß hat England, um bei diesem zu bleiben, Kolonien, Schiffe, Geld und Handelsvorteile ergattert, aber was nützen die Schiffe, wenn sie im Hafen verrotten, was das Geld, wenn es sich entwertet, was die Handelsvorteile, wenn der Handel geringer wird? Und mit der Beute hat es eine erdrückende Steuerlast, innere Unruhen und eine erschreckende Arbeitslosigkeit erhalten.

Die Arbeitslosigkeit ist bis zum offenen Konflikt gediehen. Die letzte Woche hat in Dundee, Emdenland, Liverpool, Bristol und anderen Städten Arbeitslosenunternehmungen gesehen, die in Straßenkämpfe ausarteten. Daß noch Schlimmeres zu erwarten ist, wird allgemein zugegeben.

Am 1. Oktober hört die staatliche Beihilfe für den Lohnausgleich im Bergbau auf. Das bedeutet Stilllegung einer noch größeren Anzahl Beden und Vermehrung der Kurzarbeiter. Die Zahl der durch die Stilllegung von Beden arbeitslos werdenden Knappen wird auf 80000 angegeben. Zuweilen stellt ein amtlicher Bericht die Not in den Bergwerksbezirken ins Licht. So wurde im Kreisrat von Monmouthshire festgestellt, daß Tausende von Männern, Frauen und Kindern dort praktisch am Verhungern sind. Für starke Scharen Arbeitslose nimmt, weil ausgesteuert, die staatliche Unterstützung ein Ende. Die Armenkassen sind leer, die berücksichtigten Arbeitshäuser überfüllt.

Die englische Gesetzgebung hat es meisterhaft verstanden, die Armenlasten den Gemeinden fast ganz aufzubürden. Die Folge davon ist, daß die Gemeinden der Besessenen nur geringe oder gar keine Armenlasten zu tragen haben, während die Arbeiterorte von ihnen schier erdrückt werden. In den Arbeiterorten lebt ein guter Teil der Einwohner ständig nahe an der Hungergrenze, ist gänzlich außerstande, nennenswerte Steuern zu entrichten, nimmt aber die öffentliche Hilfe sehr oft in Anspruch. Dies führt zu schlimmen Zuständen. Die Menge der Armenkassensünder nimmt immer mehr zu, die Zahl der Steuerfähigen nimmt in gleichem Maße ab, die Not hat in Tausenden von Familien den Grad der menschlichen Tragfähigkeit überschritten, die Gemeindeverwaltungen vermögen dem Notstand nicht mehr zu widerstehen. Sie haben seit Monaten die Regierung auf die steigende Gefahr aufmerksam gemacht und um staatliche Beihilfe ersucht. Statt der Staatsmittel ist ihnen die Unterweisung geworden, die ausstehenden Steuern einzutreiben, was in der Sprache der Bürokraten das Gesetz erfüllen heißt. Dazu sind die Gemeindeverwaltungen der Arbeiterorte, selbst wenn sie wollten, gänzlich außerstande. Welche Konflikte daraus entstehen, zeigt der Fall der Londoner Vorstadt Poplar. Die Mehrzahl seiner Gemeinderäte wurden, weil sie das Gesetz nicht durchführten, verhaftet und sitzen heute noch in den Gefängnissen von Brixton und Holloway. Was jetzt in Poplar passiert ist, kann morgen in West Ham, Bethnal, Green und noch vielen andern Arbeitergemeinden geschehen.

Die äußerst gefährlich gewordene Lage trieb die Bürgermeister einiger Londoner Vororte zu einem verzweifelten Schritt. Sie folgten Lloyd George bis in das schottische Hochgebirge nach Balmoral und zwangen ihn, in Sachen der Arbeitslosigkeit vom Bispendienst zur Tat zu schreiten. Die Bürgermeister müssen mit eindringlichen Gründen auf den Ministerpräsidenten eingewirkt haben, denn die Blätter melden, daß er eiligst einen Ministerrat nach Balmoral berufen und die Lösung des Problems auf nationaler Grundlage versprochen habe.

Auf welche Art die Regierung die Frage zu regeln gedenkt, weiß man allerdings noch nicht. Es wird zwar berichtet, daß die Regierung die Sache nicht mehr als eine der Gemeinden, sondern der ganzen Nation betrachtet wissen wolle und daß sie durch Zusammenarbeit von Unternehmern, Finanz, Handel und Arbeiterpartei die Krise zu heben beabsichtige. Bei näherer Prüfung der Berichte findet man indes, daß die Regierung irgend einen Plan überhaupt nicht hat. Vorderhand nur Worte, kein ernstlicher Vorschlag.

Inzwischen hat die Vertretung der organisierten Arbeiterpartei einen festumrissenen Plan ausgearbeitet. Neben einer auskömmlichen Unterstützung der Arbeitslosen schlägt er als bauernbe Maßnahme vor: Die Regierung müsse ein staatliches

Handelsunternehmen bilden, das große Bestellungen auf Lagerwaren bei englischen Fabrikanten mache und den Absatz im In- und Ausland organisieren müsse. Die Fabrikanten seien zu veranlassen, die Waren an das staatliche Handelsunternehmen mit geringem Profit abzugeben. Durch diese Maßnahmen glaubt die Vertretung der Arbeiterpartei und des Gewerkschaftskongresses, Industrie und Handel wieder in Gang zu bringen und damit die Arbeitslosigkeit vermindern zu können.

So weit so gut. Die Erfolgsaussicht dieses Planes ist indes nicht groß. Bei der betamten Uneigennützigkeit der Fabrikanten ist es ganz und gar nicht wahrscheinlich, daß sie sich bei Staatsaufträgen mit einem geringen Gewinnsatz begnügen. Sie werden vielmehr die Gelegenheit wahrnehmen, auf Kosten der Allgemeinheit ihre Scheuern zu füllen. Jedenfalls müßten für dieses Unternehmen erklecklich hohe Summen von der Regierung flüssig gemacht werden. Dies würde, vorderhand sicherlich, Erhöhung der Steuern heißen. Daß sich hierfür eine Mehrheit im Parlament findet, ist nicht anzunehmen, von dem Widerstand des Finanzministeriums ganz zu schweigen. Auf dessen Abweigung deutet die jetzt in der Presse laufende Notizen hin, die offenbar finanzamtlicher Herkunft sind. Die Steuerlast betrüge heute schon auf das Einkommen von 20 Schilling 15 bis 18 Schilling; diesen Satz noch höher treiben, käme der Konfiskation des Einkommens gleich. Wenn die Regierung je einen Antrag, wie ihn der Vorschlag der organisierten Arbeiterpartei bedingt, dem Parlament vorlegt, wird voraussichtlich ein Herzen und Stößen zwischen Minderheit und Mehrheit anheben, dessen Ergebnis viel Lippendienst, aber keine Tat für die Behebung der furchtbaren Krise zeitigen wird.

Bliebe noch der Verkauf der auf Bestellung oder Kosten der Regierung oder ihrem Handelsunternehmen gelieferten Waren. Durch vorteilhaften Absatz könnte allerdings eine namhafte Erhöhung der Steuern vermieden werden. Voraussetzung des Gelingens ist jedoch eine entsprechende Menge zahlungsfähiger und williger Käufer im In- und Ausland. Wo sind aber solche vorhanden? In andern europäischen Ländern sucht man selbst nach Kunden für Industrieprodukte, um die eigene Industrie in Gang zu bringen. Man wäre, selbst wenn man wollte, außerstande, mit dem eignen stark entwerteten Gelde die verhältnismäßig teuren englischen Waren zu kaufen. Bei dem Stande der Valuta ist es viel wahrscheinlicher, daß die Waren des europäischen Festlandes im Vereinigten Königreich Käufer finden, als umgekehrt. Die Bemühung eines amtlichen Handelsunternehmens dürfte sich nach Lage der Valuta nicht erfolgreicher erweisen, als jetzt die des privaten Handels.

Die Behebung der englischen Industrie und, was auf das gleiche hinausläuft, die Lösung der Arbeitslosenfrage Englands liegt die Befestigung des Valutastand und den Wiederaufbau der Wirtschaft Gesamteuropas voraus. Solange dies nicht geschieht, wird auch die Verwirklichung der Vorschläge der englischen Arbeiterpartei das gewünschte Ergebnis nicht zeitigen können. Werden sich in England Steuerlast, Arbeitslosigkeit und die Verzweiflung der Hungernden nicht vermindern.

Das vielgestaltige Übel ist international und kann daher nur durch internationale Maßnahmen gebannt werden. Seine Hauptursache ist die Politik der Sieger, die in einer Mißachtung der Wirtschaftsinteressen der Völker besteht. Nur schleunigste Abkehr von dem verhängnisvollen Weg kann England wie die übrige Welt noch vor schlimmeren Zuständen bewahren.

Vor der Spaltung in Frankreich

Auf unserer Jenaer Generalversammlung haben wir aus dem Munde unseres französischen Kollegen Merheim erfahren, wie sehr in Frankreich die Gewerkschaftsbewegung durch die kommunistische Agitation zerrüttet worden ist. Der französische Gewerkschaftsbund habe in den letzten anderthalb Jahren von seinen 2 Millionen Mitgliedern nicht weniger als 1,4 Millionen verloren, der Metallarbeiterverband von seinen 300000 fast 250000. Und damit sei, so teilte uns Kollege Merheim noch persönlich mit, der Zerüttung noch kein Ende. Am 19. und 20. September trete in Paris der erweiterte Beirat (Comité national) des Gewerkschaftsbundes zusammen, der Beschluß in Sachen der Disziplin zu fassen und den neuen Bundesvorstand zu wählen habe. Es sei leicht möglich, daß die bisherige langjährige Leitung des Bundes durch eine kommunistische ersetzt werde, was in Anbetracht der Rücksichtslosigkeit der Kommunisten gegen Andersdenkende nichts geringeres, als die Spaltung bedeute. Den hinausgewählten Vorstandsmitgliedern sei es nicht wie in Deutschland möglich, in Ortsverwaltungen, Arbeiterblättern oder Genossenschaftlichen Unterschläpf zu finden. Selbst die Rückkehr zur Werkstatt sei dank der feindlichen Stimmung der Arbeiter wie der Unternehmer mehr als schwierig. Die gewerkschaftlichen Führer müßten außer Landes gehen oder sich in der Provinz verkrümeln, wodurch sie für die Bewegung verloren gingen. Dieser Zustand mache es in Frankreich schwer, die völlige Herrüttung hintanzuhalten. Die Bewegung müßte später, wenn die Ernüchterung eingetreten, durch unerfahrene Hände von Grund auf wieder aufgebaut werden.

Das von Merheim so düster gemalte Bild schien durch den Versammlungsbericht der oben genannten Beiratssitzung einen lichteren Ton zu erhalten. Mit einer geringen Stimmenmehrheit hatte der Beirat in Sachen der gewerkschaftlichen Disziplin eine Entschließung angenommen, die man, da sie nichts als platte Selbstverständlichkeiten der Gewerkschaftstätigkeit enthält, als eine Brücke zur Verständigung gelten lassen konnte. Ihre entscheidende Stelle besagt:

Gewerkschaftliche Gruppen können, ohne gegen die Disziplin zu verstoßen, nicht einer Vereinigung angehören, die nach ihrer philosophischen und politischen Auffassung außerhalb der Gewerkschaftsbewegung steht, besonders können sie nicht dem Ausschuss revolutionärer Gewerkschaften angehören.

Der Ausschuss, vor dem hier namentlich gewarnt ist, stellt ein wohlorganisiertes landweites Netz von Zellen dar, die in örtlichen Gruppen wie Gewerkschaften zur Förderung kommunistischer Ziele geschaffen worden sind. Er ist die Organisation der Opposition, der zentralisierte Verband innerhalb der Zentralorganisation. Daß diese beiden Vereinigungen nicht miteinander oder ineinander bestehen können, versteht sich. Die Entschließung des Beirates spricht nur die oberste Vorbedingung gewerkschaftlicher Lebensmöglichkeit aus, wenn sie erklärt, daß man nur der einen oder der anderen angehören könne. Da auf die Annahme der Resolution die Wiedereröffnung der alten Bundesleitung, wenn auch mit schwacher Mehrheit, erfolgte, möchte man annehmen, die französische Gewerkschaftsbewegung habe ihre kritischste Stunde überstanden.

Allein, daß es nicht an dem ist, bezogen die neuesten Berichte. Das Haupt des Gewerkschaftsbundes, Jouhaux, hatte der Opposition seine Vereinfachung zum Rücktritt erklärt, wenn dieser die Bedingung für die Auflösung des revolutionären Ausschusses sei. Die Opposition hat darauf geschwiegen. Dann wurde sie gefragt, ob ihre in den Bundesvorstand aufgenommenen Vertreter mit den andern Mitgliedern eifrig im Sinne der Satzungen und der Kongreßbeschlüsse arbeiten wollten. Der Vorsitz der Opposition, Moumousseau, hat das abgelehnt. So ward zweifelhaft dargetan, daß sich die Zellenbauer nicht an die Entschließung des Beirates halten werden. Dies bestätigt noch ausdrücklich der Sekretär des revolutionären Ausschusses, Quinton, in der Humanité:

Der Ausschuss arbeitet weiter. Die kommunistischen Gewerkschaftsmitglieder mögen sich ohne Furcht den Gruppen des Ausschusses anschließen. Sie mögen ohne Säumen ihren Anschluß dem Sitz des Ausschusses antzünden. Die Drohung untrüglicher Spalter (gemeint sind die Verfasser der oben angeführten Entschließung über Beobachtung der Disziplin) wird dann vergeblich sein.

In einem langen Manifest an die französischen Arbeiter versucht der Ausschuss, die Schuld an der voraussetzlichen Spaltung der jetzigen Leitung des Gewerkschaftsbundes zuzuschreiben. Am Schluß des Schriftstückes wird ein Sonderkongress angekündigt, der als oberste Instanz und erdgültig die Stellung der revolutionären Gruppen und Mitglieder zu bestimmen habe.

Auf Grund der Berichte beider Richtungen dürfte sich der Gang der Dinge mit ziemlicher Sicherheit folgendermaßen gestalten: Da der Vorstand des Gewerkschaftsbundes durch die Entschließung gehalten ist, Gruppen und Mitglieder, die Statut und Beschlüsse missachten, auszuschließen, wird er eine große Anzahl Ausschüsse aussprechen müssen. Die ausgeschlossenen Vereine und Einzelmitglieder werden sich in einem besonderen Gewerkschaftsbund, dessen organisatorisches Gerippe ja schon in dem Ausschuss besteht, zusammenschließen. In den Gruppen und Verbänden, wo die Anhänger des jetzigen Bundesvorstandes in der Minderheit sind, werden sie austreten und eine neue Organisation bilden. Wenn diese Umschichtung vollendet ist, wird Frankreich zwei gewerkschaftliche Zentralen haben, die eine von Jouhaux, die andere von Moumousseau geleitet. Die Folge wird ein mit echt gallischer Leidenschaft angefochtener Bruderkampf sein, an dessen Ende nichts übrig bleiben wird als eine entsetzlich bittere Erinnerung im Proletariat und ein ganz allmächtiges Unternehmertum.

Lohnabbau in Holland.

Der holländische Arbeitgeberverband hat den Entschluß gefaßt, die von ihm voriges Jahr festgesetzten Lohnsätze um 10 v. H. für die großjährigen und 20 v. H. für die minderjährigen Arbeiter zu erniedrigen. Das bedeutet, daß das durchschnittliche Einkommen für gelehrte Arbeiter in der Gemeinde der ersten Klasse, um ein Beispiel zu nennen, von 75 Cent auf 67 Cent herabgesetzt werden kann. Bedenkt man dabei, daß das durchschnittliche Stundenlohn jetzt meistens höher ist als 75 Cent (Amsterdam 87 Cent), dann kann der gefaßte Entschluß eine durchschnittliche Kürzung von 20 Cent (oder 23 v. H.) die Stunde bedeuten.

Der Arbeitgeberverband hat 144 Mitglieder, die zusammen mehr als 43000 Arbeiter beschäftigen. Der Jahreslohn dieser Arbeiter ist insgesamt beinahe 80 Millionen Gulden. Eine Entziehung von 20 v. H. würde schon einen Einkommensverlust von fast 8 Millionen Gulden bedeuten. Und weil eine Lohnkürzung bei Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes auch Lohnerniedrigung bei den übrigen Arbeitgebern zur Folge haben muß, kann der Verlust an Einkommen der gesamten (beinahe 70000) Metallarbeiter auf 14 Millionen Gulden zu stehen kommen.

Von unserem Verbande ist gegen diese nicht berechnete Maßregel in Wort und Schrift nachdrücklich protestiert worden. Weiter wird ernstlich erwogen, in Zusammenwirken mit den anderen Verbänden unserer Industrie, in eine kräftige Bewegung für Besserung der Verhältnisse einzutreten.

Das gegenwärtige Lohnsystem des holländischen Arbeitgeberverbandes besteht in dem durchschnittlichen Stundenlohn, das heißt, es stellt nur die gesamte Lohnsumme fest, die ein Unternehmer einer bestimmten Gruppe Arbeiter mindestens zu zahlen hat. Es kann demnach ein Mann über den Durchschnitt, ein anderer entsprechend viel unter dem Durchschnitt erhalten. Dieses eigenartige System hat sich als unerträglich erwiesen. Es läßt die Möglichkeit zu allerhand Willkür offen und hat die schlechtesten zuletzten Unternehmungen als Grundlage. Daß für den Lohnabbau keinerlei Ursache vorhanden ist, lassen die Geschäftsberichte einer Anzahl Betriebe erkennen. Wilton, Rotterdamse Droogdok Maatschappij, Frenenord, Werkspoor und viele andere Gesellschaften erzielten im letzten Jahre Millionenüberschüsse. Dividenden von 20 v. H. und mehr sind keine Seltenheit. Somit besteht für den Lohnabbau keinerlei triftige Ursache. Unsere in Vorbereitung befindliche Gegenbewegung läßt auf seine Verhütung hoffen. W. D. A. N. J. Amsterdam.

Gewerkschaften in Schweden.

Die Vereinigung der schwedischen Gewerkschaften, die Ende Dezember 1919 258 966 Mitglieder zählte, berichtet Ende 1920 von einer Mitgliederzahl von 280 020. Die stärkste Zunahme ist bei den nicht qualifizierten Arbeitern und bei den Fabrikarbeitern, 4340 Personen, zu verzeichnen, dann folgen Schuh- und Lederarbeiter mit einer Zunahme von 1768, Gemeindefunktionäre 1534, Arbeiter an Sägemühlen 1298, Schneider 1229 und Brauereiarbeiter 1082. Interessant ist, daß prozentual die Zunahme bei den Vertreterinnen größer ist als bei den Arbeitern. Infolge der zahlreichen Arbeitskämpfe hat die Vereinigung im Berichtsjahr 1 370 000 Kr. den verschiedenen Gewerkschaften zur Verfügung gestellt.

Die Tarifbewegung in Schweden hat im Jahre 1920 weitere Fortschritte gemacht. Die Zahl der Tarifverträge stieg vom Jahre 1919 bis Ende 1920 von 2154 mit 379 000 Arbeitern auf 2256 mit 424 000 Arbeitern. Von den 1920 abgeschlossenen 1533 Verträgen entfallen auf die Forstwirtschaft und Holzindustrie 233 Tarifverträge mit 39 000 Arbeitern, auf die Textil- und Bekleidungsindustrie 87 mit 31 000, die Papierindustrie und graphisches Gewerbe 94 mit 27 000, das Baugewerbe 248 mit 23 000, die Nahrungsmittelgewerbe 206 mit 22 000 und auf den Ackerbau 13 Tarifverträge mit 22 000 Arbeitern.

Australischer Gewerkschaftskongress.

Von dem im Sommer zu Melbourne stattgefundenen australischen Gewerkschaftskongress treffen die ersten Berichte ein. Was ihm erhöhte Bedeutung gibt, ist, daß er die erste Tagung darstellt, auf der alle australischen Gewerkschaften, die bislang nur staatenweise verbunden, vertreten waren. Das hervorsteckende Merkmal dieses ersten zwischenstaatlichen Gewerkschaftskongresses ist ein Programm für wirtschaftliche Umformung, die als Grundlage die Vergesellschaftung aller lebenswichtigen Industrien und Dienstleistungen, deren Verwaltung in die Hände eines Rates gelegt sein soll, in dem die betreffende Arbeiterschaft und die Volksgemeinschaft vertreten ist. Der Kongress erklärte, daß es bei der Durchführung dieser Sozialisierung nicht mit Annahme von Entschlüssen getan sei oder die Erringung einer parlamentarischen Mehrheit schon genüge. Diese Erkenntnis führte zur Bildung eines Forschungs- und Auswahnsbüros und eines Arbeiterbildungs-Instituts, wo die Arbeiter für die Leitung sozialisierter Betriebe geschult werden sollen. Hiermit wird dargetan, daß sich die Arbeiterschaft bewußt ist, daß noch große Anstrengungen zu machen sind, ehe sie eine zufriedenstellende Antwort auf die Frage geben kann: Ist die Arbeiterschaft zur wirtschaftlichen und politischen Regierung fähig?

Der Wagenkasten war groß genug, um 100 Personen aufzunehmen. Der Erfinder machte eine riesige Welle für das Fahrzeug, das er allen möglichen Regierungen als hervorragendes Kriegsfahrzeug anbot. Die italienische Regierung zeigte auch anfänglich Interesse für das merkwürdige Beförderungsmittel und veranfaßte eine Probefahrt, bei der mehrere Gelehrte als Sachverständige zugegen waren. Die Vorführung mißlang jedoch vollständig; denn obwohl der Erfinder aus Selbsttäuschung an der Kurbel drehte, vermochte er doch den Wagen kaum um einige Schritte langsam von der Stelle zu bringen, wie es nach allen Gesetzen der Mechanik ja auch nicht anders sein konnte. Nachher hatte er allerdings behauptet, daß das Behältnis schneller als jedes Motorfahrzeug fahren könne. Nach diesem mangelhaften Ausfall des Versuches bekehrte man sein weiteres Interesse an dem Kriegsautomobil, das sein Erbauer späterhin dem Kaiserjäger zum Kampfe angeboten haben soll; doch ist nichts bekannt geworden, ob diese von dem Anerbieten Gebrauch gemacht und noch weniger, ob sie mit dem Wagenungeheuer kriegerische Erfolge erzielt haben. Auch in Frankfurt a. M. soll es um diese Zeit selbstfahrende Wagen gegeben haben, wenigstens wird berichtet, daß dort ein Mechanikus aus Bingen einen „ohne Pferde oder sonstiges Getriebe zu fahrenden Wagen“ gebaut habe, mit dem die Kaiserlichen des öfteren von Frankfurt nach Höchst gefahren seien, wobei sie zu der Fahrt anderthalb Stunden gebraucht haben sollen. Auch in Paris war zu Anfang des 18. Jahrhunderts eine Reihe von Wagen vorhanden, die durch ein Erzeugnis in Bewegung gesetzt wurden, das von dem hinten auf einem Vorsprung am Wagenkasten stehenden Wagenführer getrieben wurde. Diese Wagen dienten dem öffentlichen Gebrauch, waren also eine Art Automobildroschken, doch mußten sie wieder aus dem Verkehr gezogen werden, weil sich die Akademie in einem Gutachten ungünstig über sie ausgesprochen hatte. Die Wagen sollten nach der Meinung der gelehrten Herren angeblich geeignet gewesen sein, Verkehrsmittel herorzupflanzen und besonders die Pferde zum Schonen zu bringen, womit die ersten Mitteilungen über Automobillfälle in die Welt gesetzt worden sein dürften, die allem Anschein nach bereits damals schon so übertrieben waren, wie die heutigen es noch jetzt sind, denn ihrer jüngsten Art und Konstruktion nach dürften jene selbstfahrenden Wagen selbst bei größter Ungeschicklichkeit ihrer Lenker kaum in die Lage gekommen sein, ein Quäln, geschweige denn einen Menschen totzufahren. (Fortsetzung folgt.)

Mitteilungen des Vorstandes

Mit Sonntag den 18. Oktober ist der 48. Wochenbeitrag für die Zeit vom 10. bis 22. Oktober 1921 fällig.

Bewerbung für die Bildungskurse!

Für die nächsten Monate sind Bildungskurse vorgesehen für die Bezirke Erfurt, Hagen, Essen, Bielefeld und Köln. Für den Kursus im Bezirk Erfurt sind bereits die Bewerbungen erfolgt und die notwendigen Vorarbeiten erledigt. Der Kursus im Bezirk Hagen wird etwa am 10. November beginnen, ihm folgt der Bezirk Essen am 23. November und zu Beginn des Jahres 1922 der Bezirk Bielefeld, Ende Januar 1922 der Bezirk Köln. Den Mitgliedern der Bezirke Hagen, Essen, Bielefeld und Köln wird hiermit anheim gegeben, eine

Bewerbung zur Teilnahme am Kursus

eingzureichen. Die Bewerbung muß enthalten einen selbstgeschriebenen kurzen Lebenslauf, Angaben über Schulbildung und insoweit der Bewerber bisherige Bildungsmöglichkeiten benutzte (Besuch von Kursen, Studium volkswirtschaftlicher Literatur u. a.); ferner Angaben über die seitherige Tätigkeit des Bewerbers in der Arbeiterbewegung. Die Bewerbung ist abzugeben bei der zuständigen Ortsverwaltung. Die Abgabe der Bewerbung muß erfolgen im Bezirk Hagen bis spätestens 27. Oktober, im Bezirk Essen, Bielefeld und Köln bis spätestens 3. November. Die Ortsverwaltung prüft die Bewerbungen und scheidet sämtliche mit einem Gutachten an die Bezirksleitung ein. Die erweiterte Bezirkskommission trifft an der Hand sämtlicher Bewerbungen die Auswahl der zum Kursus auf Kosten der Hauptkasse zugelassenen Hörer. Für jeden Kursus übernimmt die Hauptkasse die Kosten für 60 Hörer. Etwa 30 weitere Hörer können auf Kosten der Lokalkassen zugelassen werden.

Die Dauer des Kurses beträgt etwa 2 1/2 Wochen. Die Hörer des Bezirks werden an einem Ort zusammengefaßt und während dieser Zeit von jeder anderen Arbeit freigestellt. Im Kursus werden in erster Linie Volkswirtschaft und die damit verbundenen Fragen behandelt, ferner in beschränktem Umfang Arbeiterrecht und Sozialpolitik. Den Kursussteilnehmern wird folgende Unterstützung gewährt:

1. Dem Hörer für die Dauer des Kurses eine Aufenthaltsunterstützung von 30 M pro Tag.
2. Der Familie des Hörers für die gleiche Zeitdauer eine freimillige Unterstützung. Letztere beträgt 80 v. H. vom Durchschnitt plus 10 v. H. des im Bezirk geltenden Tariflohns für erwachsene, gelernte Metallarbeiter.
3. Einmaliges Fahrtgeld 3. Klasse vom Wohnort zum Ort des Kurses und zurück.

Die Herstellungskosten für Ersatzmitgliedbücher und Ersatzmitgliedkarten sind dauernd geringen. Der Vorstand mußte deshalb eine Neuauflage der Gebühren bei Abgabe derselben vornehmen. Diese Gebühren betragen fortan einschließlich Porto:

für jedes Ersatzmitgliedbuch 6 M.

für jede Ersatzmitgliedkarte 3

Bei Bestellung ist dieser Betrag mit einzufenden und sind hierzu die üblichen Bestellformulare zu benutzen und darauf der beigefügte Betrag zu vermerken.

Die Besteller von Bayern, Oberschlesien und dem Saargebiet werden gebeten, keine dortigen Briefmarken mitzuführen, weil hierfür keine Verwendungsmöglichkeit.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 7 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

| Verwaltung | Für die Mitglieder der Beitragsklasse: | | | Beginn der Beitragszahlung |
|------------------|--|-----|-----|----------------------------|
| | I | II | III | |
| Alfeld | 100 | 50 | 30 | 45. Beitragswoch. |
| Bonn | 200 | 100 | 50 | 45. " |
| Bunzlau | 200 | 100 | 30 | 45. " |
| Darmstadt | 200 | 100 | 30 | 45. " |
| Dresden | 200 | 100 | 30 | 45. " |
| Elbing | 100 | 50 | 10 | 45. " |
| Essen | 200 | 100 | 50 | 45. " |
| Friedenbergruher | 200 | 100 | 30 | 45. " |
| Hagen | 200 | 100 | 50 | 45. " |
| Kesselfoch a. M. | 200 | 100 | 30 | 45. " |
| Mensfeld | 150 | 100 | 30 | 45. " |
| Möln | 100 | — | — | 45. " |
| Mühlhölz i. B. | 50 | 50 | — | 45. " |
| Obernordf a. N. | 100 | 50 | 30 | 45. " |
| Osnabrück | 150 | 100 | 30 | 45. " |
| Oschatz | 100 | — | — | 45. " |
| Sollingen | 180 | 80 | 60 | 45. " |
| Schmöln | 150 | 100 | 30 | 45. " |
| Wiesbaden | 200 | 100 | 50 | 45. " |

Die Nichtzahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung stantiarischer Rechte zur Folge.

Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts:
Auf Antrag der Verwaltungsjelle Steinhilf:
Der Arbeiter Friedrich Döschke, geb. am 30. April 1904 zu Steinhilf, Mitgliedsbuch Nr. 3.984-58, wegen Diebstahl.

Offiziell gerügt werden:
Auf Antrag der Verwaltungsjelle Werben:
Der Former Gustav Hampel, geb. 19. Februar 1888 zu Werben, Mitgliedsbuch Nr. 745801, wegen Verstoß gegen die Interessen des Verbandes;
Der Schlosser Paul Reif, geb. am 17. April 1882 zu Frankfurt, Mitgliedsbuch Nr. 386524, wegen Verstoß gegen die Interessen des Verbandes.

Erwähnt wurde:
Mitgliedsbuch Nr. 1.905797, lautet auf den Schlosser Otto Schneider, geb. am 30. Januar 1896 zu Zandowalde. (Hüterberg.)
Mit kollegialen Gruß Der Vorstand.

Bekanntmachung des Ausschusses.
In der Sitzung vom 7. Oktober 1921 hat die Ausschussberatung des Ausschusses stattgefunden. Der Ausschuss wird gebildet von:

- Robert Weisig, 1. Vorsitzender,
- Wilhelm Baumann, Stellvertreter,
- Korrad Sang,
- Schwarz Schmitt, Beisitzer,
- H. J. Siegel,

Alle für den Ausschuss bestimmten Beschlüsse sind zu beschließen.

Robert Weisig, Frankfurt a. M., Eisenbahn, Poststr. 16, zu richten.

Zur Beachtung! • Zutug ist fernzuhalten:

- von Elektromotoren nach Schwerin i. M. St.; nach Stettin St.; nach Würzburg (Brown, Boveri & Co.) L.;
- von Feilenarbeitern nach Bochum (Mummenhoff & Stegemann) D.; nach Dortmund L.;
- von Formern und Schleifarbeitern nach Barth a. d. Ostsee (Pommersche Schleiferei) Mi.; nach Stargard i. Pommern (Obr. Elster) St.;
- von Gold- und Silberarbeitern nach Düsseldorf (Verzinstg. Silberwarenfabrik) St.; nach dem ganzen Gebiet der Schweiz L.;
- von Heizungsinstallateuren nach Lüdenscheid L.;
- von Metallarbeitern aller Branchen nach Bremen St.; nach Chemnitz (Gleitsch. A.-G. vorm. G. Böge) St.; Kretschmanns Dresden A.; nach Eintracht b. Chemnitz (Ja. Ernst Böhm) D.; nach Elbing (Ja. Schichau); nach Finnland; nach Landau i. Pfalz (Landauer Maschinen- und Bohrmaschinenfabrik) M. und (Landwirtschaftliche Trockenwerke) D.; nach Luxemburg L.; nach Niederlahnstein (Maschinenfabrik Paul Bahn) D.; nach Pafewalk (Ja. Behrend und Wöhrhütte) D.; nach Saarbrücken St.; nach Stargard i. Pomm. St.; gesamter Bezirk Thüringen A.; nach Wülfringen a. Saar (Wühlingsche Eisen- und Stahlwerke) St.

L. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streik in Sicht; St. = Streik; M. = Maßregelung; Mi. = Mißstände; A. = Aussperrung.

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Orts oder einzelner Betriebe führen sollen, sind an den Vorstand zu richten. Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen und Bezirksleitungen eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Arbeitsjüngende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Unterstützung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzubringen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zurzeit angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft aufzulegen zu lassen.

Die Arbeitslage in der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie

Die Erhebungen umfassen in der Woche vom 18. bis 25. September 717 Verwaltungen mit insgesamt 27.465 Betrieben und 201682 Arbeitern. Von diesen waren:

| | Berichtswoch | | Vorwoche | |
|-----------------|------------------|-------------------|------------------|-------------------|
| | Betriebe absolut | Arbeiter abs. / % | Betriebe absolut | Arbeiter abs. / % |
| Vollbeschäftigt | 28381 | 93,0 | 26294 | 95,7 |
| Stillgelegt | 208 | 0,8 | 200 | 0,7 |
| Kurzarbeit | 876 | 3,2 | 991 | 3,6 |

Demnach ist die Zahl der verkürzt arbeitenden Betriebe und Arbeiter diese Woche weiterhin ganz erheblich zurückgegangen. Die Abnahme der Kurzarbeitbetriebe beträgt 115, die der Kurzarbeiter 10988. Die Zahl der Vollbeschäftigten hat um 7958 zugenommen.

Die wöchentlichen Veränderungen in der Gesamtzahl der Kurzarbeiter sind aus folgender Zusammenstellung ersichtlich:

| | | |
|---------------------------------|---------|---------|
| Woche vom 14. bis 21. August | 158 184 | = 7,9 % |
| " " 21. " 28. " | 149 865 | = 7,5 % |
| " " 28. August bis 4. September | 132 112 | = 6,8 % |
| " " 4. bis 11. September | 123 931 | = 6,1 % |
| " " 11. " 18. " | 118 783 | = 5,6 % |
| " " 18. " 25. " | 102 795 | = 5,1 % |

Die Gesamtzahl der verkürzt arbeitenden Arbeiter und die Arbeitslage in der Berichtswoch in den einzelnen Bezirken zeigt folgende Aufstellung:

| Bezirk | Betriebe absolut | Arbeiter abs. / % | Vollbeschäftigt | | Stillgelegt | | Kurzarbeit | |
|-----------------|------------------|-------------------|-----------------|----------|-------------|----------|------------|-------------|
| | | | Betriebe | Arbeiter | Betriebe | Arbeiter | Betriebe | Arbeiter |
| Königsberg | 29 | 265 | 15 619 | 261 | 15 500 | — | 4 | 59 |
| Stettin | 57 | 703 | 42 068 | 692 | 36 648 | 8 | 983 | 8 442 |
| Breslau | 57 | 1 097 | 1 439 21 | 1 073 | 1 35 134 | 2 | 253 | 22 4482 |
| Brandenburg | 47 | 637 | 46 401 | 610 | 45 355 | 3 | 84 | 21 2929 |
| Dresden | 54 | 2 095 | 22 979 | 1 938 | 21 216 2 | 11 | 422 | 89 8093 |
| Erfurt | 57 | 1 723 | 7 225 7 | 1 707 | 6 735 5 | 17 | 111 | 62 3311 |
| Hannover | 49 | 636 | 63 081 | 617 | 61 330 | 5 | 76 | 16 1605 |
| Halle | 46 | 505 | 97 747 | 459 | 79 225 | 2 | 186 | 41 18336 |
| Hamburg | 54 | 1 811 | 1 333 75 | 1 461 | 1 339 792 | 3 | 710 | 7 2873 |
| Bielefeld | 14 | 282 | 35 871 | 282 | 35 871 | — | — | — |
| Essen | 154 | 772 | 305 991 | 765 | 300 386 | — | — | 7 5695 |
| Hagen | 25 | 600 7 | 187 947 | 5735 | 175 291 | 26 | 700 | 234 11 809 |
| Köln | 13 | 618 | 119 125 | 590 | 114 359 | 5 | 278 | 23 2999 |
| Frankfurt a. M. | 61 | 1 488 | 1 91 974 | 1 409 | 1 86 501 | 25 | 967 | 54 4506 |
| Stuttgart | 71 | 2 287 | 2 125 94 | 2 199 | 2 02 908 | 3 | 111 | 95 9576 |
| Nürnberg | 67 | 3 496 | 1 89 882 | 3 212 | 1 85 834 | 98 | 1 052 | 1 85 22 096 |
| Zusammen | 717 | 27 465 | 201 682 | 23 331 | 197 022 | 208 | 6 993 | 876 162 785 |
| Vorwoche | 717 | 27 465 | 239 722 | 26 294 | 1 839 134 | 200 | 6 805 | 991 113 783 |

Die Zahl der beschäftigten Orte ist ganz erheblich größer als die Angaben in dieser Spalte. Der Erhebungsbereich liegt vielerorts weit außerhalb der Grenzen der Verwaltungen, die die Erhebung durchgeführt haben. Eine Fehlbildung der Erhebungsergebnisse ist daher nicht auszuschließen. Der Bezirk Groß-Berlin ist in obigen Zahlen nicht enthalten.

Abgenommen haben die Kurzarbeiter in den Bezirken Stettin, Dresden, Erfurt, Halle, Hagen, Frankfurt, Stuttgart und Nürnberg. Eine Erhöhung ist im Bezirk Köln durch Bericht der gleichnamigen Verwaltungen eingetreten, woselbst diese Woche in einem Betriebe weitere 600 Mann verkürzt arbeiten. Im Bezirk Bielefeld sind fernerhin alle Betriebe vollbeschäftigt. Die übrigen Bezirke zeigen keine nennenswerten Abweichungen der Woche gegenüber.

Die Feststellungen über die Dauer der Kurzarbeit ergaben folgendes: Es arbeiteten:

| Etagen | Berichtswoch | | Vorwoche | |
|-----------|------------------|-------------------|------------------|-------------------|
| | Betriebe absolut | Arbeiter abs. / % | Betriebe absolut | Arbeiter abs. / % |
| 42 bis 45 | 119 | 13,6 | 18 125 | 17,6 |
| 36 " 41 | 276 | 31,5 | 39 035 | 38,0 |
| 32 " 35 | 246 | 28,1 | 15 490 | 15,1 |
| 24 " 31 | 191 | 21,9 | 22 416 | 21,6 |
| unter 24 | 44 | 4,9 | 7 631 | 7,3 |
| | | | 49 | 4,9 |

Von Berlin, das in obiger Aufstellung nicht enthalten ist, liegen diese Woche keine neuen Zahlen vor; wir verweisen daher auf die Besondereaufklärung in der vorigen Nummer der Metallarbeiter-Zeitung. Von 152 124 Mitgliedern waren 28 111 arbeitslos, 104 933 Kurzarbeiter, davon in Berlin arbeitslos 5976. Auf je 100 Mitglieder entfielen in der

| | | |
|---------------------------------|--------|--------|
| Woche vom 14. bis 21. August | 2,40 % | 6,21 % |
| " " 21. " 28. " | 2,26 % | 6,14 % |
| " " 28. August bis 4. September | 2,15 % | 5,76 % |
| " " 4. bis 11. September | 2,03 % | 5,41 % |
| " " 11. " 18. " | 1,92 % | 5,45 % |
| " " 18. " 25. " | 1,56 % | 5,34 % |

An Arbeitslosenunterstützung wurde in dieser Woche 180 708 M. ausbezahlt.

Rundschau

Kommunistische „Arbeiterführer“!

Auf der Weserwerft in Bremen tobte sieben Wochen Streik und Ausperrung. Das organisatorische Verhältnis der Weserwerftarbeiter — von 9000 Arbeitern waren rund 4000 organisiert — reichte die Direktion, offensichtlich gegen die Belegschaft vorzugehen. Zuerst sollte die Belegschaft reduziert, dann Arbeitslosigkeiten vorgenommen und Rechte der Betriebsräte beschnitten werden. Die Direktion setzte Hoffen auf das syndikalistisch-unionistisch-kommunistische Durchdringen im Betrieb. Sie konnte ihre Pappenheimer und riefte dementsprechend die Taktik ein. Die Arbeiterbewegung ging den Scharfmachern nicht an, aber einige der kommunistischen Führer tappten hinein und kamen zu Fall.

Als der Streik seinen Höhepunkt erreicht hatte, wurde unter Streikenden ein anonymes Flugblatt mit der Überschrift: „Arbeiter hört!“ verbreitet. Darin wurden die Kommunisten als Beder und Banasiewicz als Verräter bezeichnet, welche die Belegschaft in Hunger und namenloses Elend geführt hätten. Die Abstimmung über den Streik sei geschehen gewesen, um die Arbeiter weiter terrorisieren zu können. Die Wiederaufnahme der Arbeit wurde dringend verlangt. Unterzeichnet war dieses Flugblatt „Die Streikleitung der 6000 Arbeiter, die sich gebildet haben.“ In jedem Arbeiter war sofort klar, daß dies Pamphlet bezahlte Unternehmern sei. Die Kollegen der Bremer Ortsverwaltung unter Verbandsvorsitzendem dem Flugblattschreiber nach und es gelang ihnen auch, ihn in der Person des kommunistischen Bezirksvorsitzenden, Fraktionsvorsitzenden der R.P. Fraktion und Redakteur der „Roten Fahne“ Banasiewicz zu entlarven. Er war selbst Mitglied der Streikleitung und im Auftrage des Bezirksleiters Stapelfeld gegen Entgelt das Flugblatt geschrieben.

In dem Flugblatt bezeichnet er sich selbst als Schreiber. Der kommunistische Führer wirkt er vor, als Kuraga b. W. G. H. bezogen zu haben, während er für die kranken Werftarbeiter die Krankenkasse sperren ließ, wodurch 700 Arbeiter in allergrößter Not gerieten. Der kommunistische Schreiber wurde ebenfalls als Direktionspöbel in der Streikleitung entlarvt. Die Nachforschungen ergaben ferner, daß Direktor Stapelfeld ungefähr drei Dukaten streikende Werftarbeiter mit lausenden allwöchentlichen Geldbeträgen unterhielt.

Der Korruptionssumpf des Herrn Direktor Stapelfeld stinkt zum Himmel, es gehört ein gewaltiges Maß moralischer Verwundung dazu, mit derartig gemeinen Mitteln gegen ehrlich kämpfende Proletarier vorzugehen. Tieftraurig ist es, daß der edle Herr unter Arbeitern keine Zubasse gefunden hat. Die Arbeiterbewegung kann sich im Zukunft vor derartigen Fällen schützen, wenn sie ihren Führern nicht aufs Maul, sondern auf die Finger sieht. Die großen Schreiber waren von jeder die großen Lumpen.

Wieviel solcher Banasiewicz' und Schufmacher mag es noch in der R.P.D. geben? Die ehrlichen Kommunisten müßten sich aber doch einmal fragen, wie es kommt, daß die R.P.D. fast einem Spitzel gleich ist. Es sind die Folgen des blöden Aberradikalismus, der ermöglichte, daß schwache, geistlose Köpfe Führerrollen übernehmen konnten. Solange der russische Rubel rasend stieg, ging die Belegschaft gut, jetzt nehmen die ans liebe Geld Gewöhnten die Summen, wo sie eben etwas erwischen. Non olet — Geld stinkt nicht und sei es selbst von Herrn Stapelfeld, Direktor der Weserwerft A.-G., Bremen.

Hermann Joseph †

Am Sonnabend den 24. September verschied nach einschlägiger Krankheit im Alter von 46 Jahren der Schriftleiter des „Vollständigen Arbeiter“, Hermann Joseph. Der Vollständigen-Arbeiter-Verband verliert in Joseph einen aufrichtigen Kollegen und tüchtigen Mitarbeiter, dessen Andenken unvergessen bleiben wird.

Gewerkschaften und Genossenschaften

Die Mitgliederzahl der dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Gewerkschaften stieg im Jahre 1920 im Jahresdurchschnitt von 5 475 073 auf 7 850 102. Vergleicht man damit die Mitgliederzahl der dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine angeschlossenen Genossenschaften, dann ergibt sich, daß noch viele Hunderttausende Gewerkschafter ihren Lebensbedarf unter Vereinerung privatrechtlicher Unternehmer beden. Der genossenschaftlichen Arbeit steht also noch ein weites Feld offen.

Verbands-Anzeigen

Bekanntmachung. dem Unternehmer stent sein. Verbindung ist fähig, ununterbrochene Mitgliedschaft. Das Gehalt richtet sich nach den deutschen Verordnungen. Bewerbungen mit Angabe über Alter, Beruf und bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung bis 31. Oktober mit der Aufschrift: „Bewerbung“ an den Kollegen Karl H. v. B. a. Schöpfungsterm. 35. Sameln. Zum Geschäftsleiter wurde Kollege Wilhelm Klingmann (Hilbesheim) gewählt. Allen übrigen Bewerbern besten Dank.

Wissen a. d. Sieg. Sämtliche Zuschriften sind an Eduard Schläder, Wissen a. d. Sieg, Weisitz, zu richten.

Ungeheißte gesucht. Eberswalde. 1. Bevollmächtigter und Geschäftsführer für Agitation und Verwaltung gesucht. Derselbe muß das Fach- und Schlichtungsweesen vollständig beherrschen und im Verkehr mit

Sonstige Anzeigen

2-3 tüchtige Arbeiter für Messing-Handdreiarbeiten (Ganncarbeiten), sofortig. Eintritt gesucht. Karlsruhe. Kunstgewerbliche Werkstatt C. F. Otto Wälder, Karlsruhe i. B., Kaiserstr. 138.

Leicht. Gevrent auf Stahl- und Rotkupferformen eingearbeitet, findet angenehme Stellung. Karl Schwab, Koffen i. Sa., Bismarckstraße 14.

Tüchtige Hand- oder Maschinenformer zum sofortigen Eintritt gesucht. G. u. v. S. Maschinenfabrik u. Eisengießerei, Köhlin-Neustadt.

Reifschmiede, tüchtige, gelernte, selbstständig arbeitende, ledige, gesucht. Anzogenwerf, G. m. b. H., Gellbrunn a. R. (10)

4 Reifschmiede u. 2 Schweißer zum sofortigen Eintritt gesucht. Bewerbungen erbeten an Jürgen Brandt, Sandkure, Föding b. Mühlhölz am Elm.

Reifschmiede, mehrere tüchtige, Steuermann sofort sowie gute Maschinenfabrik Geyer, A.-G., Mühlhölz (Bayern).

Metallrechner u. Feinmechaniker, die auf Schirmer-Instrumente Stellung gesucht. Carl Schwann, Hamburg S. Gradenstr. 36/39.

Metallbrücker für Aluminium gesucht. Verlangt wird reiche Erfahrung, Umsicht und Tatkraft. Geboten wird entwicklungsfähige Lebenshaltung mit steigendem Einkommen. Demka-Werk, Gellbrunn a. R.

Metallplattenmacher, tüchtiger, älterer, in Gips und Niederdruck gesucht. Infolge Wechsellagerung lediger bevorzugt. Geil. Nähere Angaben mit Wohnortangaben erbeten an Niederdruckiges Eisenwerk, G. m. b. H., Raubau i. Saale.

Schmied für Stanzmesser gesucht von Hermann Lucas, Leipzig-Neudorf, Comeniusstr. 22.

Druck und Verlag von Alexander Schöde & Co., Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Stuttgart, Rote Straße 16 B.